

## **Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes für die Bundestagswahlen 2013**

*Alle Änderungsanträge werden als EINZELAnträge eingereicht und sollen auch so behandelt werden, wengleich es für die Änderungsanträge I.-VII. eine einheitliche Begründung gibt.*

*Die EinreicherInnen sind namentlich benannt. Das „forum demokratischer sozialismus (fds)“ hat auf seiner gestrigen Vorstandssitzung beschlossen, die Änderungsanträge I.-VII. als Miteinreicher zu zeichnen. Ich bitte bei der Veröffentlichung aller Änderungsanträge um Kenntlichmachung.*

*Für Rückfragen stehe ich Euch jederzeit gerne als Hauptansprechpartner zur Verfügung.  
([domheilig@googlemail.com](mailto:domheilig@googlemail.com) oder [dominic.heilig@die-linke.de](mailto:dominic.heilig@die-linke.de))*

*Mit solidarischen Grüßen*

*Dominic Heilig*

Präambel

- I. Zeile 125 f. „Waffenexporte müssen gestoppt werden, erst recht an diktatorische Regime wie das in Saudi-Arabien“

Änderung: **„Waffenexporte müssen sofort gestoppt und die Produktion von Rüstungsgütern in der Bundesrepublik eingestellt werden. Waffenexporte, auch im Rahmen der Europäischen Union und innerhalb des Militärbündnisses NATO, lehnt DIE LINKE ebenfalls ab.“**

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin, forum demokratischer sozialismus (fds)*

Abschnitt III: Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg

- II. Zeile 1942f.: „Der Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen und ein Verbot von Rüstungsexporten - ...“

Einfügung: „Der Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen und ein Verbot von **Rüstungsproduktion und** Rüstungsexporten - ...“

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin, forum demokratischer sozialismus (fds)*

- III. Zeile 2090: „Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben“

Einfügung: „Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungs**produktion** und –exporte verbieten, Abrüstung vorantreiben“

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin, forum demokratischer sozialismus (fds)*

- IV. Zeile 2096: „DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen“

Einfügung: „DIE LINKE fordert **die Einstellung der Produktion von Rüstungsgütern in Deutschland sowie** ein Verbot aller Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen.“

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin*

*Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin, forum demokratischer sozialismus (fds)*

V. Zeilen 2104 – 2107: „Für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen ...“

Änderung: Ersetzung des dritten Spiegelstriches

- **DIE LINKE spricht sich für die Einstellung sämtlicher Rüstungsproduktionen in der Bundesrepublik Deutschland aus. Wir wollen mit gesellschaftlichen PartnerInnen aus Gewerkschaften, Kirchen, der Friedensbewegung u.a. in einen neuen Prozess der Debatte über Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie eintreten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir knüpfen damit an die friedens- und wirtschaftspolitischen Debatten der Gewerkschaften in den 80er Jahren und die Konversionsdiskurse Anfang der 90er Jahre im Rahmen der Auflösung der NVA an. Ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten.**

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin, forum demokratischer sozialismus (fds)*

VI. Zeilen 2104 – 2107: „Für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen ...“

Einfügung: neuer Spiegelstrich im Anschluss

- Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll **sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch die davon betroffene Privatwirtschaft und ihrer Verbände gefördert werden.**

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin, forum demokratischer sozialismus (fds)*

VII. Zeile 2107

Einfügung: neuer Spiegelstrich

- **DIE LINKE fordert ein Beteiligungs- und Spekulationsverbot deutscher Unternehmen an internationalen oder ausländischen Rüstungsunternehmen.**

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin*

*Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin, forum demokratischer sozialismus (fds)*

VIII. Zeile 2112: „Bundeswehr oder Polizei dürfen keine Kampfdrohnen anschaffen“

**Einfügung: „Bundeswehr oder die Polizeien des Bundes und der Länder dürfen keine Kampf- und Überwachungsdrohnen anschaffen oder sich am Betrieb solcher Systeme bspw. im Ausland beteiligen.“**

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin*

IX. Zeilen 2038 – 2041: „Wir setzen uns gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften für Abkommen der EU ein, die ...“

Anfügung Zeile 2014 – neuer Satz hinter „...wissenschaftliche Zusammenarbeit umfassen.“

**„Wir fordern einen ehrlichen und solidarischen Wissenstransfer statt der bloßen Verlagerung von Produktionsstandorten in sogenannte Billiglohnländer.“**

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Peter Ritter, Mecklenburg-Vorpommern, Delegierter, Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin,*

**Abschnitt V: Demokratische Teilhabe: für eine Demokratie, in der es was zu entscheiden gibt**

X. Zeile 2870: „Geheimdienste, das hat der NSU-Skandal bewiesen, schützen die Demokratie nicht, ...“

**Streichung von „das hat der NSU-Skandal bewiesen“**

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Be(PV), Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin*

XI. Zeile 2934f.: „Die Mord- und Terrorserie des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ hat ...“

Ersetzung: des Wortes „Scheitern“

„Die Mord- und Terrorserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ hat die tödliche Gefahr von rechts sowie das **wissentliche Versagen** der Geheimdienste in aller Deutlichkeit gezeigt.“

*EinreicherInnen: Dominic Heilig, Mecklenburg-Vorpommern (PV), Halina Wawzyniak, Berlin, (PV), Jan Korte, Sachsen-Anhalt, Delegierter, Kerstin Kaiser, Brandenburg, Delegierte, Raju Sharma, Schleswig-Holstein, (PV), Stefan Hartmann, Sachsen (PV), Frank Puskarev, Berlin*

#### Begründung Anträge I. bis VII.:

Das Verbot von Rüstungsexporten, wie bislang im Wahlprogramm gefordert, ist richtig und sollte im Zentrum unserer Außen- und Friedenspolitik stehen. Ein Verbot von Rüstungsexporten reicht aber nicht aus, denn die Rüstungsproduktion wird dadurch nur indirekt in Frage gestellt. DIE LINKE sollte unserer Auffassung nach auch die Rüstungsproduktion verbieten, damit nicht legal weiter Waffen und Rüstungsgüter produziert werden. Jede produzierte Waffe ist eine Waffe zuviel. Deutschland sollte Vorreiter im absoluten Verzicht auf Rüstungsexport und Rüstungsproduktion sein. DIE LINKE begrüßt die Verabschiedung des Vertrags über den internationalen Handel mit konventionellen Waffen durch die UN-Generalversammlung. Wir sehen jedoch (im Gegensatz zur Bundesregierung) die Notwendigkeit zu weitergehenden Korrekturen der deutschen Rüstungsexportpolitik. Und dazu gehört auch der Einstieg in den Ausstieg der Rüstungsproduktion. Diesen Prozess wollen wir gemeinsam mit PartnerInnen anstoßen und diese Forderung wieder stärker in das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen mit anderen Parteien rücken. Wohlwissend um die Debatten hierüber in den Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, wollen wir in einen Dialog mit GewerkschafterInnen, ArbeitnehmerInnen und Betriebsräten eintreten und gemeinsam an Konzepten für eine Umwandlung von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie in zivile Arbeitsplätze arbeiten. Abrüstungs- und Friedenspolitik und die Verteidigung der Interessen von Beschäftigten schließen sich nicht aus.

Nur ein Verbot von Rüstungsproduktionen ist ein wirklicher Beitrag zur Verhinderung von Rüstungsexporten.

#### Begründung Antrag VIII.:

Nicht nur bewaffnete Kampfdrohnen stellen eine Gefahr für die Demokratie und die Wahrnehmung von Menschen- und Bürgerrechten dar. Auch sogenannte Überwachungsdrohnen, also unbewaffnete Drohnen, gefährden die Demokratie und fundamentale Bürgerrechte, wie das auf Versammlungsfreiheit. Uns allen sind noch die Ereignisse um die Gipfelproteste in Heiligendamm gut in Erinnerung. Damals wurden Kampfdrohnen zur Überwachung der DemonstrantInnen eingesetzt. Heute werden fast schon obligatorisch zahlreiche Demonstrationen von der Polizei bundesweit überwacht und gefilmt. Hierüber gibt es neben der politischen nunmehr auch eine aktuell-juristische Auseinandersetzung.

Polizei und Bundeswehr sind neben dem Erwerb von Kampfdrohnen auch an dem Einsatz von Überwachungsdrohnen mehr und mehr interessiert. Sie wollen ihre „Informationsgewinnungsinstrumente“ stetig erweitern und optimieren. DIE LINKE sollte – gemäß unserer Forderungen in Fragen der Verteidigung von BürgerInnenrechten – demzufolge auch den Erwerb und den Einsatz von Überwachungsdrohnen strikt ablehnen.

#### Begründung IX.:

Über Jahrzehnte hat der Wissensstandort Deutschland sich einem wirklichen Wissenstransfer, sowohl inner- als auch außerhalb der Europäischen Union, verwehrt. Deutsche Unternehmen waren zu einem Großteil lediglich bereit, Produktionsstrecken auszulagern und im Ausland anzusiedeln, nicht aber einen Wissenstransfer zu organisieren.

Damit konnte sich an den neuen Produktionsstandorten nur schwer ein eigener Wissens- und Wissenschaftsbetrieb entwickeln. Die eigenständige wirtschaftliche, soziale Entwicklung von Staaten und ihrer Bevölkerungen wurde so gebremst oder behindert.

#### Begründung Antrag X.:

Ganz unabhängig von dem wissentlichen Versagen der Geheimdienste in der Causa „NSU“ bekennt sich DIE LINKE seit Jahren zu der Forderung nach einer Auflösung der Geheimdienste, im Speziellen der Verfassungsschutzämter im Bund und in den Ländern. Diese Position mit dem mörderischen NSU zu untermauern, wird der grundsätzlichen Kritik an dem Wesen und Gehalt von Geheimdiensten nicht gerecht. Skandale um die deutschen Geheimdienste gibt es seit deren Gründungen viele. Allein diese reichen aus, um unsere Haltung zum deutschen Geheimdienstwesen begründen zu können. Das Versagen in Sachen NSU ist dabei leider nur ein Baustein von vielen. Deshalb bitten wir an dieser Stelle um Streichung. An anderer Stelle wird ja noch einmal Bezug auf den NSU genommen.

#### Begründung Antrag XI.:

In diesem Absatz bitten wir um die Ersetzung des Wortes „Scheitern“. Dieses erfasst unserer Meinung nach nicht die gesamte Palette des Versagens der Dienste im Fall NSU. Zwar erscheint die juristische Beweisführung für die „Mitverantwortung“ der Dienste am Abtauchen und Nichtendecken der Mitglieder des NSU und dessen Netzwerks schwierig. Politisch aber kann es keinen Zweifel an einem „wissentlichen Versagen“ geben. Wenn man wollte, so der Tenor fast aller Parteien in den verschiedenen Untersuchungsausschüssen, hätte man Wissen können, was in der rechten Szene wirklich vorstättengeht. Dies beginnt schon bei der skandalösen und lückenhaften Auflistung von Opfern rechter Gewalt durch die Exekutiven und ihre Ämter. Hier lediglich von einem „Scheitern“ zu sprechen, würde dem aufgedeckten Skandal hingegen nicht gerecht werden.